

Berlin muss sich als nützlicher Partner anbieten – ob für Trump oder für Harris

Von Rachel Tausendfreund

Als Präsident hat Donald Trump den Wert der transatlantischen Bündnisse offen und konsequent infrage gestellt. Für Europa ist das Szenario, dass er in einer Zeit immenser sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Herausforderungen ins Weiße Haus zurückkehren könnte, beängstigend. Vizepräsidentin Kamala Harris hingegen hat in ihrer Kongressrede den Wert der US-Bündnisse und US-Führungsrolle unterstrichen. Die Regierenden in Berlin und im restlichen Europa werden gute Pläne und Initiativen für die Zusammenarbeit brauchen – und keine der Optionen beinhaltet eine Rückkehr zum Status quo von 2021.

AUSGANGSLAGE

Die Wahl des US-Präsidenten beziehungsweise der US-Präsidentin und damit des Oberhauptes des mächtigsten Militärs der Welt und der Person, die diejenigen ernennt, die die größten humanitären Hilfsmaßnahmen der Welt leiten, hat offensichtliche globale Konsequenzen. Manchmal sind die Folgen unvorhersehbar. Hätte Joe Biden 2020 gegen Donald Trump verloren, wäre die Ukraine heute ein besetztes Land und Europa wäre mit Millionen von Flüchtlingen und einem ermutigten Putin konfrontiert.

Würden die USA ihre Militärhilfe für die Ukraine heute einstellen, würde Russland den Krieg wahrscheinlich trotzdem gewinnen – eine Tatsache, die die Folgen der US-Wahl für Europa unterstreicht. Trotz steigender Verteidigungsausgaben ist Europa weiterhin auf die USA angewiesen, um

seine Sicherheit zu gewährleisten. Darüber hinaus können nur wenige der globalen Herausforderungen, die die EU angehen will (vom Klimawandel bis zur Reform der multilateralen Institutionen), ohne die Unterstützung der USA bewältigt werden. Sowohl in Bezug auf die Politik als auch auf die Persönlichkeiten sind die Unterschiede zwischen Donald Trump und Kamala Harris deutlich und folgenreich für die Ukraine, Europa und Deutschland.

SZENARIOEN TRUMP 2.0

Es sollte relativ einfach sein zu beurteilen, wie die Außenpolitik und das Team von Donald Trump aussehen würden. Doch Trump ist anders. Obwohl er einige konsistente Prioritäten und Denkweisen an den Tag gelegt hat, darunter eine merkantilistische Sichtweise der Weltwirtschaft und

eine machtzentrierte, transaktionale Sichtweise der Diplomatie, schießen Entscheidungen in seiner ersten Amtszeit oft sprunghaft. Darüber hinaus bedeuten die hohe Fluktuation in hochrangigen Positionen (Stabschef, Außen- und Verteidigungsminister) und die Tatsache, dass sich mehrere seiner ehemaligen Kabinettsmitglieder gegen ihn gewandt haben, dass es schwer zu sagen ist, wer im Jahr 2025 Trumps Gehör haben wird. Und während die Denkfabrik Heritage Foundation eine umfangreiche innenpolitische Agenda für eine Regierung Trump 2.0 vorgelegt hat (Projekt 2025), bleiben ihre Vorschläge zur Außenpolitik skizzenhaft.

Nichtsdestotrotz gibt es politische Fragen, bei denen Trumps Instinkte im Allgemeinen mit dem neuen GOP-Mainstream übereinstimmen oder bei denen Trump und seine wichtigsten Berater konsequent waren. In diesen

Fällen ist es möglich, einigermaßen sichere Einschätzungen darüber abzugeben, was eine zweite Trump-Administration für die US-Außenpolitik, Deutschland und seine europäischen Verbündeten bedeuten würde.

Muskulöser Isolationismus und transatlantische Beziehungen

Trump 2.0 würde einen noch drastischeren Bruch in den transatlantischen Beziehungen als 2017-2020 bedeuten, insbesondere für Deutschland. Der Schlüssel zu einem außenpolitischen

Nation sind und dass jedes Problem, egal in welchem Teil der Welt, durch die Führung der USA gelöst werden muss, da sonst die amerikanische Sicherheit beeinträchtigt wird.“

Trump selbst vertritt eher den „isolationistischen“ Flügel, eine Position, die durch die Wahl von J.D. Vance, einem entschiedenen Gegner der US-Unterstützung für die Ukraine, zum zweiten Kandidaten unterstrichen wird. Aber Trump schätzt auch die Machtprojektion, was ihn während seiner ersten

amerikanische Volk, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten.“

Trump und Vance betrachten Europa als wirtschaftlichen Konkurrenten und die europäischen Staaten als Nutznießer der amerikanischen Großzügigkeit. Dies gilt insbesondere für Deutschland, das als wirtschaftlicher Konkurrent angesehen wird, der die Vereinigten Staaten übertrifft und die Sicherheitsbedenken der USA (Nord Stream und 5G) ignoriert, während es deren Schutz in Anspruch nimmt. Gleichzeitig würde eine Trump-Administration einzelne EU-Länder als potenzielle Partner sehen und verstehen, dass die europäische Unterstützung für bestimmte Maßnahmen entscheidend ist.

Trump und Vance betrachten Europa als wirtschaftlichen Konkurrenten und die europäischen Staaten als Nutznießer der amerikanischen Großzügigkeit.

Ansatz der Trump-Administration ist, wie [Claudia Schmucker richtig erkannt hat](#), das „Druckmittel“ - und das nicht nur in Bezug auf wirtschaftliche Verhandlungen.

Der [Bericht „Project 2025“](#) der Heritage Foundation räumt ein, dass es unter den Konservativen Meinungsverschiedenheiten über die Unterstützung der USA für die Verteidigung der Ukraine gegen die russische Invasion gibt. Diese Meinungsverschiedenheiten traten bereits in Trumps erster Amtszeit zutage, als seine ersten Verteidigungs- und Außenminister den „Primacist“-Flügel der republikanischen Außenpolitik vertraten, der die Außenpolitik der GOP seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geprägt hatte. „Primacy“, wie [die Kritiker Christopher Preble und William Ruger es beschreiben](#), „geht davon aus, dass die Vereinigten Staaten die unentbehrliche

Amtszeit wie jemand aus dem „Primacist“-Lager scheinen ließ. So sehr Trump auch die militärischen Verstrickungen der USA in Afghanistan und Syrien beklagte, so sehr erhöhte er doch die Militärausgaben und ordnete den Raketenangriff auf die syrische Regierung in Syrien an.

Nach Trumps Auffassung bieten die militärische Stärke und Unterstützung der USA Washington ein Druckmittel, und die Verbündeten der USA sollten im Gegenzug für den Schutz der USA mehr bieten. Dies ist ein zentraler Bestandteil von Trumps Sichtweise auf Europa im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen und wird von Vance geteilt. So schrieb Vance in einem [Meinungsartikel im Februar 2024](#): „... [W]ir sollten das Geld, das Europa nicht für die Verteidigung ausgegeben hat, als das betrachten, was es wirklich ist: eine implizite Steuer für das

Was sind die Auswirkungen? In anderen Memos wurden bereits spezifische Trump-2.0-Szenarien für den Handel, die Ukraine und die NATO, neben anderen wichtigen Themen, skizziert. Die Autoren argumentieren, dass eine zweite Trump-Administration wahrscheinlich eine rasche Verlagerung der transatlantischen Lastenteilung anstreben, [Amerikas militärischen Fußabdruck in Europa verringern und sich möglicherweise sogar aus der NATO zurückziehen](#) würde. Was die Ukraine betrifft, so wird die Trump-Administration, wie ein anderer Kollege argumentiert, wahrscheinlich „die US-Hilfe einstellen“ oder „von Zugeständnissen der Ukraine und der europäischen Partnerländer abhängig machen“.

Das Wichtigste ist, dass die Trump-Administration 2.0 eine Gegenleistung für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit erwartet. Dies könnte in Form einer Unterstützung der US-Politik gegenüber China und/oder Russland/Ukraine/Iran geschehen. Oder es könnte bedeuten, dass die USA mehr Waffen kaufen und Handelsgeständnisse machen, oder eine Mischung aus beidem. Auf jeden Fall wird es bedeuten, dass die USA weniger Verpflichtungen eingehen und mehr

offensichtliche Vorteile aus den Beziehungen erwarten. Die europäischen Verbündeten sollten mit sofortigem Druck rechnen, entweder die Last der militärischen und humanitären Hilfe für die Ukraine zu übernehmen oder Trumps Bemühungen um einen Waffenstillstand zu unterstützen.

Da Trump und Vance sich nicht für die europäische Einheit engagieren (weil der unmittelbare Nutzen für die Vereinigten Staaten nicht offensichtlich ist), werden sie die europäische Spaltung fördern und Favoriten ausspielen. Einige europäische Länder könnten sich gute Beziehungen durch umfangreiche Waffenkäufe aus den Vereinigten Staaten sichern. Deutschland mit seinem Handelsbilanzüberschuss und seinen unzureichenden Verteidigungsausgaben steht oft im Mittelpunkt der Kritik von Vance und Trump und kann nicht erwarten, dass es zum Favoriten wird.

PRÄSIDENTIN HARRIS 1.0

Im Vergleich zu Trump 2.0 ist die Außenpolitik einer Präsidentschaft von Kamala Harris gleichzeitig schwieriger und einfacher einzuschätzen. Obwohl Vizepräsidentin Harris nicht unerfahren ist, ist ihre öffentliche Bilanz zu bestimmten Themen dünn. Als Vizepräsidentin bestand ihre Aufgabe eher darin, Bidens Außenpolitik zu vertreten und zu präsentieren, als sie zu gestalten.

Zurückhaltende, prinzipienfeste Führung und transatlantische Beziehungen

In ihrer [Dankesrede](#) auf dem Parteitag der Demokraten am 23. August widmete Harris einige Minuten der Außenpolitik. Die Positionen, die sie vertrat, signalisierten eine Übereinstimmung mit der Außenpolitik der Biden-Administration, auch was die Bedeutung der Führungsrolle und der Werte der USA angeht: „Ich werde dafür sorgen, dass wir die Welt in den Bereichen Welt- und künstliche Intelligenz in die Zukunft führen. Dass Amerika, nicht

China, den Wettbewerb des 21. Jahrhunderts gewinnt und dass wir unsere globale Führungsrolle stärken und nicht aufgeben.“

Eine Harris-Administration würde eng mit der EU zusammenarbeiten. Das bedeutet aber, dass die EU ihrer Rhetorik Taten folgen lassen müsste.

Weitere Anhaltspunkte für Harris' außenpolitisches Denken liefert ihr derzeitiger außenpolitischer Berater, Philip H. Gordon, der sowohl Präsident Bill Clinton als auch Präsident Obama diente. Er [wird als Transatlantiker charakterisiert](#), der „die Leistungen der EU von Grund auf schätzt“. Gleichzeitig plädiert Gordon in einem 2019 veröffentlichten Artikel zusammen mit Jeremy Shapiro vom ECFR für eine [neue transatlantische Vereinbarung](#): „eine, die auf einer realistischeren Vereinbarung zwischen Europa und den USA beruht und die den Bedürfnissen beider Partner besser gerecht wird.“ Nach seiner Zeit in der Obama-Regierung schrieb Gordon auch ein Buch über die Torheit der US-Versuche zum Regimewechsel im Nahen Osten. Eine Außenpolitik der Harris-Administration wird sich der Grenzen der US-Macht und ihrer Fehler in der Vergangenheit bewusst sein und gleichzeitig versuchen, eine positive Führungsrolle gegenüber den Partnern zu übernehmen.

Der Kontrast zwischen diesem zurückhaltenden und prinzipientreuen Führungsstil und den oben beschriebenen Positionen von Trump ist extrem. Europa könnte von einer Harris-Administration Forderungen erwarten, die jedoch gut gemeint sind und an Verbündete gerichtet werden, die als wichtig angesehen werden, auch wenn sie nicht genügend Leistung erbringen. Eine Harris-Administration wäre zudem wahrscheinlich mindestens so sehr an der Koordinierung der Politik mit den Partnern interessiert wie die Biden-Administration, d.h. konsequent, aber unvollkommen.

Harris würde auch die Ukraine weiterhin nachdrücklich gegen Russland unterstützen und das Engagement der USA für die NATO unterstreichen. Wenn die Demokraten jedoch keine Mehrheiten in beiden Gremien des Kongresses gewinnen, was unwahrscheinlich erscheint, werden ihre Möglichkeiten, die Finanzierung auf dem Niveau von 2022 zu sichern, stark eingeschränkt sein. Was die europäische Sicherheit im weiteren Sinne angeht, so wird eine Harris-Regierung (ähnlich der Obama-Regierung) erwarten, dass der europäische Pfeiler der NATO leistungsfähiger wird. In vielen Fragen, von globalen Mindeststeuern bis hin zum Klimawandel und internationaler Klimagerechtigkeit, würde eine Regierung Harris 1.0 eng mit der EU zusammenarbeiten. Das bedeutet aber auch, dass die EU ihrer Rhetorik Taten folgen lassen müsste.

EMPFEHLUNGEN MIT BLICK AUF DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN

Mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen unter Trump 2.0 wird es entscheidend sein, in Begriffen der Hebelwirkung zu denken. Berlin sollte sich darauf einstellen, dass eine Trump-Administration bilateralen Beziehungen zu europäischen

Regierungen, die Trump mehr zusage, Vorrang einräumen wird. Dabei könnte es sich um politisch gleichgesinnte Führer wie Viktor Orbán in Ungarn oder Giorgia Meloni in Italien handeln, aber auch um Länder, die ihn beeindrucken, wie Finnland, das gute Sicherheitsbeziehungen zur ersten Trump-Administration unterhielt.

Um Spaltungen unter den Europäern zu vermeiden, sollte Berlin proaktiv agieren und überlegen, was es auf den Tisch legen kann. Die Trump-Administration wird die Zusammenarbeit Deutschlands in verschiedenen Fragen wünschen oder benötigen: Berlin muss bereit sein, (idealerweise gemeinsam mit den EU-Partnern) zu kommunizieren, was es will und was es in Bezug auf die NATO, den transatlantischen und globalen Handel, den technologischen Wettbewerb mit China usw. anbieten kann.

Wenn Kamala Harris im November gewinnt, bietet sich Berlin und den anderen europäischen NATO-Ländern die Gelegenheit, das Bündnis - mit Unterstützung der USA - so umzugestalten, dass es überparteiliche US-Unterstützung bekommt. Berlin muss seinen Teil dazu beitragen, die EU zu einem starken - und strategischen - Partner zu machen. Anstatt sich über den „Pivot to Asia“ der USA zu beklagen, muss Deutschland sich als nützlicher Partner für die transatlantische Sicherheit und die globale Strategie anbieten und zwar als einer, der bei der Gestaltung eines neuen Abkommens helfen kann. Dazu müssen die Regierenden in Berlin jedoch eine Vision davon haben, wo und wie sie die transatlantischen Beziehungen weiterentwickeln wollen.

MIT BLICK AUF DIE UKRAINE

Unabhängig von den Wahlen muss sich Europa darauf vorbereiten, einen immer größeren Teil der Last der Unterstützung der Ukraine zu übernehmen. Im Falle eines Sieges von Trump würde dies sofort und in vollem Umfang

geschehen. Aber auch unter einer Präsidentin Harris würden dies die Konsequenzen sein, sollten die Demokraten nicht sowohl das Repräsentantenhaus als auch den Senat kontrollieren. Gemeinsam mit Kiew müssen die EU und das Vereinigte Königreich realistische Einschätzungen vornehmen und entsprechend planen – und zwar vor Dezember. Dazu muss geprüft werden, welche Unterstützung die europäischen Partner der Ukraine tatsächlich leisten können, wie schnell und wie lange, und welche Optionen den Regierenden in Kiew dadurch bleiben.



Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel. +49 30 254231-0
info@dgap.org
www.dgap.org
📍@dgapev

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP) forscht und berät zu aktuellen Themen der deutschen und europäischen Außenpolitik. Dieser Text spiegelt die Meinung der Autorinnen und Autoren wider, nicht die der DGAP.

Die DGAP ist gefördert vom Auswärtigen Amt aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für
Auswärtige Politik e.V.

ISSN 749-5542

Redaktion Jana Idris

Layout Luise Rombach



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz.

Mit der Memo-Reihe „Weichenstellung für die transatlantischen Beziehungen“ blicken DGAP-Expertinnen und -Experten im Vorfeld der US-Präsidentenwahl 2024 aus verschiedenen Perspektiven – Sicherheits-, Handels-, Geo- und Klimaaußenpolitik – auf die möglichen Wahlausgangsszenarien. Sie skizzieren, je nachdem, ob es zu einem Wahlsieg von Kamala Harris oder einer zweiten Amtszeit von Donald Trump kommen wird, die zu erwartenden Folgen für die transatlantischen Beziehungen und formulieren Empfehlungen für Deutschland und Europa, um bereits heute die Weichenstellungen für eine gute und nachhaltige Partnerschaft zu stellen.